



Friedhelm Windmüller (6)



Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen



Willi Russ, Zweiter Vorsitzender des dbb und Fachvorstand Tarifpolitik

Personalratswahlen 2016 im Land Berlin:

dbb Personalräte gerüstet

Aktuelle politische Entwicklungen im öffentlichen Dienst, die Personalratsarbeit im Bereich der inneren Sicherheit und Informationen zur Rechtsprechung der Berliner Gerichte zum Landespersonalvertretungsgesetz (LPersVG) waren Themen der Personal- und Betriebsrätekonferenz des dbb berlin am 11. Mai 2016. Auch an praktischen Tipps für die oft mühsame Arbeit in den Personalvertretungen fehlte es nicht. Als weiteres Rüstzeug für die ab 1. Oktober anstehenden Personalratswahlen hatte der dbb berlin außerdem alle Konferenzteilnehmer mit einer aktualisierten Ausgabe des LPersVG und einem Wahlkalender versehen.

Zum Auftakt der Veranstaltung betonte Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen den Wandel in der Berliner Personalpolitik: „Das Land Berlin meldet sich als großer Einstellender auf dem Arbeitsmarkt zurück“, so der Senator wörtlich. Um der wachsenden Stadt bei gleichzeitigem Eintritt ganzer Alterskohorten in den Ruhestand gerecht zu werden, stelle Berlin pro Jahr 8.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Landesdienst ein und biete bei erfolgreicher Ausbildung auch unbefristete Beschäftigungsperspektiven.

Eine andere Perspektive, nämlich die einer Angleichung der Bezahlung der Berliner Beschäftigten an das Durchschnittsniveau der anderen Bundesländer, mochte Kollatz-Ahnen demgegenüber nur sehr verhalten aufzeigen. Während im Tarifbereich der auch für Berlin maßgebliche Flächentarifvertrag eine vollständige Angleichung bis 2017 vorsieht, stelle sich die Situation im Beamtenbereich komplizierter dar. Bis 2020 werde jede am Tarifergebnis orientierte Erhöhung der Beamtenbesoldung um einen zusätzlichen Anpassungsfaktor von 0,5 des Tarifergebnisses aufgestockt, um den Berliner Besoldungsrückstand abzubauen. Ursprünglich hatte sich der Anpassungsfaktor aus der durchschnittlichen Beamtenbesoldung in den Ländern errechnen sollen, von diesem nur schwer zu ermittelnden Wert wurde aber auf Intervention des dbb berlin abgegangen.

Keine Prognose für die Beamtenbesoldung wollte der Senator wegen des noch unentschiedenen Länderfinanzausgleichs für den Zeitraum nach 2020 abgeben.

In einer kurzen Replik auf die Ausführungen des Finanzsenators forderte dbb Landeschef Frank Becker die Anpassung der Besoldung und Versorgung 2016 in Berlin nicht zum 1. August, sondern zum 1. März. Auch die Angleichung in den Schritten Tarifergebnis plus 0,5 Prozent reiche immer noch nicht aus, um die Abwanderung zu Bundesbehörden und in andere besser bezahlende Bundesländer zu verhindern. Dies sei auch eine Frage der Wertschätzung der Arbeit der Kolleginnen und Kollegen des öffentlichen Dienstes in Berlin.

„Brennen, um andere entzünden zu können!“

Authentizität, klare politische Überzeugungen und Durchsetzungsvermögen zählen zu den wichtigsten Voraussetzungen für eine erfolgreiche Personalratsarbeit. Das hat der Zweite Vorsitzende des dbb und Fachvorstand Tarifpolitik den rund 150 Teilnehmern der Konferenz ins Stammbuch geschrieben. „Man muss brennen, um andere anzünden zu können“, stellte Russ klar. Deshalb habe es auch wenig Sinn, Personen ohne Überzeugungskraft zur Kandidatur bei Personalratswahlen zu überreden. Insbesondere bei

der schon aufgrund der desolaten Personal- und Bezahlungssituation schwierigen und oft undankbaren Personalratsarbeit in Berlin seien motivierte und engagierte Kandidaten gefragt. Aus über 40-jähriger praktischer Erfahrung als Gewerkschafter und Personalrat heraus plädierte Russ für Personal- und Betriebsräte, die sich nicht in großen abstrakten Themen ergehen, sondern fern von parteipolitischen Erwägungen die handfesten Probleme vor Ort anpacken. Vor allem dürften Personalvertreter keine Versprechungen machen, die sie später nicht halten könnten.

Plädoyer für die Lehrerverbeamtung

Als „leidenschaftlicher Anhänger der Lehrerverbeamtung“ bezeichnete sich der Berliner Innensenator Frank Henkel im weiteren Verlauf der Konferenz. Schon die Abwanderung junger Berliner Lehrerinnen und Lehrer ins nahe Brandenburg, das seine Lehrkräfte ausnahmslos verbeamtet, gebiete diese Maßnahme. Der Unterrichtsausfall dürfe nicht weiter zum Berliner Schulalltag gehören.

Henkel betonte, dass im Nachwuchswettbewerb um die besten Köpfe auch in allen anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes Wertschätzung und Personalförderung eine ganz entscheidende Rolle spielen. Wertschätzung gebühre den Angehörigen des öffentlichen Dienstes insbesondere, weil sie „die Stadt am Laufen halten und Berlin als Hauptstadt erst möglich machen“.

Ihre Beschäftigtenvertretungen, die Personalräte, seien Partner der Dienststellen auf Augenhöhe und müssten frühzeitig in Entscheidungen eingebunden werden.

Sorge um die Sicherheit in Deutschland

Keinen Zweifel ließ der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG), Rainer Wendt, an den Gefährdungen, die der inneren Sicherheit in Deutschland durch den „schlanken Staat“ drohen. „Bei der Polizei“, so Wendt, „hat auch vor der Flüchtlingskrise keine Langeweile geherrscht.“ Fußball,

Salafisten, Rechts- und Linksextremisten hätten schon vorher dafür gesorgt, dass die innere Sicherheit stets „auf Kante genäht war“. Zusammen mit politischen Versäumnissen, etwa bei Organisations- und Koordinationsentscheidungen, sei dadurch eine Situation entstanden, in der eigentlich keine zusätzlichen Aufgaben mehr bewältigt werden können.

Zu wenig Personal, zahllose Überstunden, hohe Krankenstände und wenig Motivation sind die Folgen, mit denen jetzt die Personalräte zu kämpfen haben.

Nicht abnehmen können demgegenüber weder Personalräte noch Gewerkschaften der Politik die notwendigen und überfälligen Strukturentscheidungen. Dabei gehe es nicht nur um mehr Personal, sondern auch um einen starken Staat und starke staatliche Strukturen. Überall, wo der Staat die Kontrolle verliert oder Probleme verlagert, sei die organisierte Kriminalität nicht weit, warnte der DPoIG-Chef. Eine „Flüchtlingsindustrie“ sei bereits im Entstehen.

Trotz steigender Aufgaben im öffentlichen Dienst, einer absehbaren großen Pensionierungswelle zwischen 2017 und 2020 und einem sich abzeichnenden harten Kampf um die besten Köpfe beim Nachwuchs, meinte Wendt abschließend: „Es ist trotzdem gut für diesen Staat zu arbeiten, auch wenn seine Repräsentanten uns nicht immer gut behandeln.“

Datenbank Personalvertretungsrecht

Rechtsanwältin Maria Timmermann, früher selbst im öffentlichen Dienst des Landes Berlin tätig, hat der teils unbekanntenen und unübersichtlichen Rechtsprechung zum Landespersonalvertretungsgesetz ein Ende gesetzt und die gesamte Rechtsprechung der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Berlin seit 1997 in einer selbst entwickelten Datenbank gesammelt. Vor der Personalrätekonferenz stellte sie relevante Entscheidungen unter anderem zur Stellenbewertung, zu außertariflichen Zulagen, Abordnungen und Versetzungen, zu amtsärztlichen Untersuchungen, Fragebogenaktionen des Personalrats und zu Grundschulungen vor. ■



Innensenator Frank Henkel



Rechtsanwältin Maria Timmermann (rechts) mit dbb Landeschef Frank Becker



Rainer Wendt, Bundesvorsitzender der DPoIG

dbb berlin bleibt Arbeitnehmerempfang fern!

Der dbb berlin ist auf Beschluss seines Landeshauptvorstands dem traditionellen Arbeitnehmerempfang des Regierenden Bürgermeisters im Roten Rathaus in diesem Jahr ferngeblieben. Grund: Der Grundsatz der Gleichbehandlung der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen wurde grob missachtet.

Konkret hatte der Veranstalter nur ein Grußwort des Landesvorsitzenden des DGB Berlin-Brandenburg an die Teilnehmer eingeplant, dagegen sollte nicht – wie im Vorjahr – auch der dbb Landesvorsitzende entsprechend berücksichtigt werden.

In einem Schreiben an den Regierenden Bürgermeister Michael Müller zeigte sich dbb Landeschef Becker enttäuscht über diesen Rückfall in vergangen geglaubte gewerkschaftspolitische Einseitigkeit.

Anstoß nimmt der dbb berlin auch an der Tatsache, dass schon bei der Vorveranstaltung zum Arbeitnehmerempfang ein deutliches Ungleichgewicht geherrscht hatte. Der dbb berlin einschließlich seiner Fachgewerkschaften war dort nur mit einem Vertreter, nämlich dem Landesvorsitzenden, geladen, während die Konkurrenzgewerkschaft ganz

offensichtlich mehrere Repräsentanten entsenden konnte.

Becker stellte in seinem Schreiben an den Regierenden Bürgermeister nochmals unmissverständlich klar, dass es im Land Berlin zwei gewerkschaftliche Spitzenorganisationen gibt, die auch nach dem Landesbeamtengesetz an Gesetzentwürfen (oder anderen Vorschriften), die Auswirkungen auf die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes haben, beteiligt werden müssen.

Um etwaige Zweifel an der engagierten Interessenvertretung des dbb auch für Arbeitnehmer vorsorglich zu beseitigen, betonte Becker, dass eine sehr große Anzahl an Arbeitnehmern in den 34 Fachgewerkschaften des dbb berlin organisiert ist, für die gemeinsam mit ver.di Tarifverhandlungen (TVÖD und TV-L) geführt werden. ■

Synnöve Nüchter in die dbb Landesleitung gewählt

Bei einer Nachwahl am 26. April 2016 wurde Synnöve Nüchter (gkl berlin) einstimmig vom dbb Landeshauptvorstand in die Landesleitung des dbb berlin gewählt.

„Mit Synnöve Nüchter konnten wir eine kompetente Frau für die Arbeit in der Landesleitung des dbb berlin gewinnen, und ich freue mich auf eine konstruktive Zusammenarbeit“, begrüßte der Landesvorsitzende des dbb berlin, Frank Becker, das klare Wahlergebnis.

Synnöve Nüchter (45) ist stellvertretende Vorsitzende der gewerkschaft kommunaler landesdienst berlin (gkl berlin) und nimmt in der Senatsverwaltung für Inneres und Sport (Abt. II) die Funktion der Frauenvertreterin wahr. In der dbb Landesleitung will sie sich vorrangig im Bereich des Tarifrechts einbringen.



Synnöve Nüchter

Die Nachwahl war notwendig geworden, nachdem Monika Opitz (VBOB) zum 31. Dezember 2015 aus der Landesleitung ausgeschieden war.